



LINKE Nachrichten aus der Oder-Spree-Kreis

- Erkner: Mietsteigerungen bremsen, JETZT! S. 8
- Schöneiche: Beitragsfreie Instandsetzung von Sandstraßen ist möglich Seite 8
- Spenden an Stübiger Corona-Notklinik Seite 13
- Steinhöfel: „von Links gesehen ...“ Seite 16



DIE LINKE in Brandenburg

- aus dem Landtag Nach Thüringen auswandern? Mietpreisbremse verlängern! Seite 6
- Parität-Gesetz: Parität, mehr als nur ein Gesetz Seite 7

Seite 6
Seite 7
Seite 12

„Wir brauchen einen Lohn Gipfel“



Auf ihrer Klausurtagung in Potsdam vom 2. bis 4. September 2020 unterstützen Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE die Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Foto: DIE LINKE im Bundestag

Verkäuferinnen und Verkäufer in deutschen Supermärkten haben 2020 im Schnitt weniger verdient als im Vorjahr. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor.

Der durchschnittliche monatliche Bruttoverdienst von Beschäftigten im Lebensmittel Einzelhandel fiel demnach von 1471 Euro im zweiten Quartal 2019 auf 1411 Euro im zweiten Quartal dieses Jahres. Der Rückgang um 60 Euro entspricht einem Lohnverlust von etwa vier Prozent. Bei Vollzeitbeschäftigten sank der durchschnittliche monatliche Bruttolohn von 2421 Euro im zweiten Quartal 2019 auf 2254 Euro im zweiten Quartal dieses Jahres. Das sind 7 Prozent weniger.

Ist das der Dank für diejenigen, die das Land am Laufen halten? Wir brauchen spürbare Lohnerhöhungen in den Supermärkten für die Heldinnen und Helden des Alltags. Es darf nicht sein, dass sich die Eigentümer von Aldi, Lidl, Rewe und Edeka in der Corona-Krise die Taschen voll hauen, und bei den Verkäuferinnen und Verkäufern, die täglich am Anschlag arbeiten und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, kommt nichts an.

Wir brauchen einen Lohn Gipfel im Arbeitsministerium, mehr Tarifbindung und mehr Unterstützung für die Gewerkschaften, die in der Krise wichtige Arbeit leisten. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sollte initiativ werden und mit Gewerk-

schaften und Branchenvertretern das Gespräch aufnehmen.

Dr. Dietmar Bartsch,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
im Bundestag, 25. November 2020

Quelle: <https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/wir-brauchen-einen-lohngipfel/>



Foto: DIE LINKE im Bundestag

von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Mitglied im
Ausschuss für die
Angelegenheiten der
Europäischen Union,
Landesliste Bran-
denburg

Kontakt:

Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-72675
• Fax:
(030) 227-76675
• E-Mail:
thomas.nord@bun-
destag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:

Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

Hey Trump: Du bist gefeuert

US-Wahlen 2020 – Repräsentantenhaus, Kongress und Präsident

Am 3. November wurde in den Vereinigten Staaten das **Repräsen-
tantenhaus** mit seinen 435 Mitglie-
dern neu gewählt, der Wahl liegen
US-weit in etwa gleich große Wahl-
kreise zu Grunde. Es gibt Einzel-
bewerbende pro Kreis, keine Lis-
ten. Nach aktuellem Stand erhalten
die Demokraten wieder die Mehr-
heit, aber die Wahl war am 12.
November noch nicht vollständig
ausgezählt.

Außerdem wurde ein Drittel
des **Kongresses** neu gewählt, dort
hat jeder Staat zwei von 100 Mit-
gliedern. Jeweils ca. ein Drittel
der Mitglieder wird alle zwei Jah-
re neu gewählt. Insgesamt beträgt
die Wahlperiode der Senator*innen
sechs Jahre. Im Moment haben die
Republikaner 50 Sitze, das ist ein
Patt, aber auch diese Wahl war am
12. November noch nicht vollstän-
dig ausgezählt. Das Repräsen-
tantenhaus und der Kongress sind die
beiden parlamentarischen Kam-
mern der USA.

Als drittes wurde der **Präsident**
neu gewählt. Weil dieser das höchs-
te Amt in den USA hat, steht seine
Wahl im Mittelpunkt des Interes-
ses. Die Demokraten haben nach
dem Vorwahlprozess den repub-
likanischen Amtsinhaber Donald
Trump mit dem 77-jährigen Joseph
(Joe) Biden herausgefordert.

Wegen der Corona-Pandemie
haben viele Bundesstaaten ihre
Briefwahlregelungen teils stark ver-
einfacht. Einzelne Staaten haben
Briefwahlunterlagen an alle Haus-
halte versendet. Es gab deshalb vor-
ab einen heftigen Schlagabtausch
zwischen Präsident und Herausfor-
derer.

Derweil Biden die Demokraten
zur Briefwahl aufrief, riet Trump
mit dem Argument, nur eine im
Wahllokal an der Urne abgegebe-
ne Stimme sei fälschungssicher, da-
von ab. Kurz vor dem Wahltag am
3. November hatten schon etwa 71
Millionen Wählerinnen und Wäh-
ler ihre Stimmen abgegeben. Da
allgemein erst die Stimmen in den
Wahlurnen ausgezählt werden und
dann die Briefwahlstimmen, sah es
in der Wahlnacht in den ersten Er-
gebnissen so aus, als würde Trump
wieder gewinnen.

Doch bei den anschließenden Aus-
zählungen der Briefstimmen ände-
te sich der Trend allmählich. Die
Briefwahlquoten lagen mit Blick
auf die unterschiedlichen Empfeh-
lungen von Trump und Biden an
ihre Wähler*innen oftmals bei 25
Prozent zu 75 Prozent oder sogar
nur 20 Prozent für Trump und 80
Prozent der Stimmen für Biden.
Von 400 000 Stimmen z.B. gingen
knapp 300 000 an Biden und gut

100 000 an Trump. So kippten auch
Staaten von Trump zu Biden – z.B.
Pennsylvania mit seinen 20 Wahl-
leuten – die 2016 mehrheitlich
Trump gewählt hatten.

Erst am 7. November haben die
Medien auf Grund der Ergebnis-
se in den Einzelstaaten den De-
mokraten Joe Biden als „President
elect“ ausgerufen. Trump hat verlo-
ren. Damit beginnt der Übergangs-
prozess vom 45. zum 46. US-Präsi-
denten. Doch Trump erkennt das
Wahlergebnis nicht an, er hat den
traditionellen „concession-speech“,
mit dem der Verlierer seine Nie-
derlage anerkennt, bislang nicht
gehalten.

Stattdessen wirft er den Demo-
kraten Wahlbetrug vor und klagt in
verschiedenen Staaten vor Gericht.
Eine Neuauszählung steht dem Un-
terlegenen zu, wenn das Ergebnis
weniger als ein Prozent Unterschied
hat. Solche Nachzählungen und
Rechtsstreits sind wiederholt vor-
gekommen. Zum Beispiel im Jahr
2000 bei der Wahl zwischen Al
Gore und George W. Bush. Wegen
der Neuauszählung ist auch diese
Wahl am 12. November noch nicht
ausgezählt.

Die Übergangsphase endet am
20. Januar 2021 mit der Amtsein-
führung von Joe Biden und seiner
Vizepräsidentin Kamala Harris,
der ersten Frau in dieser Positi-
on. Dann ist Trump Geschichte,
aber nicht seine 71 Millionen
Wähler*innen. Eine innenpoliti-
sche Hauptaufgabe des neuen Präsi-
denten wird es sein, die momentan
politisch sehr aufgeheizte Stim-
mung abzukühlen.

Im Wahlergebnis bleibt die US-Ge-
sellschaft gespalten und das bedeu-
tet für gewöhnlich eine schwächere
außenpolitische Position. Die Ver-
einigten Staaten können ihre Welt-
machtstellung nicht verteidigen,
die sie nach dem Ende des Kalten
Kriegs eingenommen haben. Mit
dem weiteren Rückzug, auch aus
Europa, werden die Muskelspiele
um die Kräfteverteilung in einer of-
fenen Weltordnung weitergehen.

Dies wirft auch für DIE LINKE
neue Fragen auf, doch die wären
in einem anderen Artikel zu disku-
tieren.

(12. November 2020)

NACHRICHT

Bundesparteitag der LINKEN findet im Februar 2021 Digital statt

Auf der Beratung des Partei-
vorstandes am 7. November
2020 hat der Vorstand der Par-
tei DIE LINKE beschlossen, den
Bundesparteitag zur Neuwahl
des Parteivorstandes als de-
zentralen Parteitag im Februar
2021 durchzuführen. Bundes-
geschäftsführer Jörg Schindler
erklärt:

*DIE LINKE wird ihren Vorstand
im Februar 2021 wählen und mit
einem starken Signal das Wahl-
kampffahr einläuten. DIE LIN-
KE wird damit erstmalig einen
Bundesparteitag nicht an einem,
sondern deutschlandweit an
vielen Orten gleichzeitig durch-*

*führen. Geplant sind viele bun-
desweit verteilte Tagungsorte,
von denen aus die Delegierten
dann in kleineren Gruppen zu-
sammengeschaltet gemeinsam
am Bundesparteitag teilnehmen
können.*

*Wir haben die zur Verfügung
stehenden Varianten gründ-
lich diskutiert und uns die Ent-
scheidung alles andere als leicht
gemacht. Ein zentraler Prä-
senzparteitag hat auch für die
Parteikultur viele Vorzüge, die
keine Variante dezentraler Prä-
senzorte vollständig ersetzen
kann. Die Ungewissheit der Co-
rona-Lage hat uns aber davon
überzeugt, dass es notwendig*

*ist, in der gegenwärtigen Situa-
tion neue Wege zu gehen.*

*In einem konstruktiven und
solidarischen Austausch haben
wir uns auf den nach unserer
gemeinsamen Einschätzung bes-
ten Kompromiss aus Präsenzpar-
teitag und einem pandemiever-
träglichen Konzept ohne große
Saalveranstaltung entschieden.
Damit bleibt die innerpartei-
liche Demokratie auch unter Pan-
demiebedingungen intakt und
die Partei handlungsfähig.*

Quelle:

[https://www.die-linke.
de/?id=3665&tx_news_
pi1%5Bnews%5D=80585](https://www.die-linke.de/?id=3665&tx_news_pi1%5Bnews%5D=80585)

Das ist alles, nur kein demokratischer Sieg

Allen Umfragen und etablierten Meinungen zum Trotz: Donald Trump hat es noch einmal hochspannend gemacht. Fast wäre es ihm gelungen, weitere vier Jahre im Oval Office zu sitzen.

Die ganze Wahlnacht war vom bitteren Beigeschmack des Jahres 2016 gekennzeichnet. Damals gelang es den Demokraten nicht, ihre ehemaligen Hochburgen im Rust Belt („Rostgürtel“ – älteste und größte Industrieregion der USA, *Widerspruch*) zu verteidigen. Auch bei diesem „Election Day“ (Wahltag, *Widerspruch*) sah es lange so aus, als hätte Trump die wahlentscheidenden Bundesstaaten Michigan, Ohio und Pennsylvania gewonnen, die er 2016 Hillary Clinton und den Demokraten streitig machen konnte. Um es vorweg zu nehmen, wir sind alle erleichtert, dass diesem Mann sämtliche politische Verantwortung entzogen wurde. Jedoch steht die Frage im Raum, wie die Demokraten es ausgerechnet im Pandemiejahr 2020 zulassen konnten, dass eben jener Präsident, der im internationalen Vergleich die denkbar schlechteste Corona-Bilanz vorzuweisen hat, seine Anhänger noch einmal derart stark begeistern konnte, dass die ganze Welt in den Tagen des Auszählens den Atem anhielt oder teils in Schockstarre verfiel.

Die Pandemie wirkte wie ein Katalysator, der die Schwachstellen des westlichen Wirtschafts- und Gesundheitssystems in kürzester Zeit sichtbar machte. Die demokratische Partei hat es nicht vermocht, dem umfassende, alternative Antworten entgegenzustellen. Ein Fehler, den sie sich eingestehen müssen. Die alte und traditionsreiche Industrieregion südlich der großen nordamerikanischen Seen kämpft seit Jahrzehnten mit dem wirtschaftlichen Niedergang. Insbesondere hier manifestiert sich eine tiefe politische Ohnmacht, die weit darüber hinaus im ganzen föderalen Staatenverbund zu spüren ist. In dieser Region potenzieren sich die strukturellen Disparitäten des Landes spürbar stark. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und städtischer sowie provinzieller Verfall sind hier keine Aneinanderkettung sinnverwandter Worte, sondern bittere kapitalistische Realität.

Die sozialen Auswirkungen bestimmen den Lebensalltag der dort lebenden US-Amerikaner. Daher ist es auch legitim und richtig zu fragen, warum sich derart viele

Menschen in den Vereinigten Staaten für vier weitere Jahre Donald Trump ausgesprochen hätten. Es ist höchste Zeit, dass die Parteispitze der Demokraten sich ebenfalls dieser Frage stellt und ihre Konsequenzen daraus ziehen. Auf diesem knappen Wahlsieg darf sich nicht ausgeruht werden. Das Democratic National Committee (Demokratische Partei, *Widerspruch*) muss endlich verstehen, dass die systembedingten Ungleichheiten – welche durch eine ungebändigte Globalisierung noch befördert werden – an der Wurzel angepackt werden müssen. Es ist doch ebenso sinnfrei, eine Kariesstelle immer wieder aufzubohren und anschließend mit einer Füllung zu versiegeln, wenn die Wurzel das eigentliche Problem darstellt. Sie müssen sich eingestehen, dass mit ihrer Schönwetterpolitik längst noch keinem Menschen geholfen ist, der sich für unbestimmte Zeit, möglicherweise den Rest seines Lebens, in einer sozialen Schiefelage befindet.

Die systemimmanente Politik der Demokraten muss ad acta gelegt werden. Eine progressive Politik, welche sich ernsthaft um eine soziale Absicherung bemüht, würde echte Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Würde schaffen. Es wäre der Gegenentwurf zum republikanischen Ausgrenzungsnarrativ. Gute Arbeit, sichere Renten, eine Gesundheitsversorgung, die für alle ohne Unterschiede entgeltlos zugänglich ist – kurz: eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt all ihrer Bemühungen und Zielsetzungen stellt – wäre das wirksamste Mittel, um den national-konservativen Kräften den politischen Nährboden endgültig abzubauen.

Diese Polarisierung hätte nicht nur der demokratischen Wählermobilisierung gutgetan, sondern wäre auch ein dringend notwendiger Beitrag zur Pazifikation der ethnischen und sozialen Konflikte. Nur wurde dieser politische Reformansatz mit Kalkül bereits in den demokratischen Vorwahlkämpfen 2016 und 2020 verhindert.

Joe Biden ist kein Linker wie Bernie Sanders. Das muss er auch nicht sein. Jedoch sollte er die Menschen mit seiner Politik begeis-

tern können und das ist sein größter Schwachpunkt. Eine liberale Politik der Mitte sollte Trump herausfordern, dem es mit einer deutlichen und harten Sprache gelingt, das umkämpfte, wechselwählerhafte Prekariat zu emotionalisieren, und gleichzeitig zu mobilisieren. Eine Anti-Trump-Strategie, die beinahe scheiterte. Schließlich lagen Bidens tatsächliche Ergebnisse um Meilen hinter seinen Umfragewerten.

Auch die Kongresswahlen verliefen nicht so, wie es sich die Demokraten erhofft und Demoskop prognostiziert haben. Es scheint zur Mobilisierung eben nicht ausreichend zu sein, in jeder Rede beziehungsweise politischen Botschaft darauf zu verweisen, dass sich zwar die Amtsführung unverkennbar moderater und stilvoller gestalten würde, jedoch keine gravierenden sozialen Umgestaltungen zu erwarten seien. Sofern die Demokraten keine wirkliche personelle und inhaltliche Alternative präsentieren, haben sie es denkbar schwer, gegen die republikanischen Ressentiments 2024 zu bestehen. Es reicht nicht aus, in einem Pool von zwei Auswahlmöglichkeiten das berichtigte „lesser evil“ (kleinere Übel, *Widerspruch*) zu sein, und zu hoffen, dies sei ausreichend, um das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen. Um der Spaltung des Landes gerecht zu werden, müssen die Demokraten zu einem Wertekanon zurückfinden, dessen Sinn darin besteht, dass Politik im Kern nur einem dienen darf, dem Menschen. Die Devise muss heißen: „Für die Main Street, nicht die Wall Street“.



von
Justin König,
 Student der Geschichts- und Politikwissenschaften an der Freien Universität, 22 Jahre alt, engagiert sich im ländlich geprägten Brandenburger Nordwesten in der Kommunalpolitik, und sitzt für DIE LINKE im Kreistag Ostprignitz-Ruppin

Foto: privat



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Eine Entscheidung zugunsten der Demokratie

Erklärung von Heinz Bierbaum, Präsident der Partei der Europäischen Linken, zu den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen in den USA



von **Heinz Bierbaum**,
Präsident der Partei der Europäischen Linken
Quelle: <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/eine-entscheidung-zugunsten-der-demokratie/>

Foto: DIE LINKE

Mit den meisten Stimmen, die je ein Präsident in der Geschichte dieses Landes erhalten hat, wurde Joe Biden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.

Wir gratulieren allen Kräften, die daran gearbeitet haben, die Ära der Trump-Administration zu beenden. Auf diese Nachricht haben wir alle gehofft. Wir möchten allen Organisationen gratulieren, von den Democratic Socialists of America (DSA) bis zur Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM), von den Gewerkschaften über Umwelt- und Parteiaktivisten bis hin zu einfachen Männern und Frauen, die sich für die hohe Wahlbeteiligung eingesetzt haben, um dieser faschistischen Schamlosigkeit ein Ende zu setzen und gegen den weit verbreiteten Rassismus und eine weiße Vormachtstellung zu kämpfen, die offen von der Trump-Regierung unterstützt wurden.

Es gilt, eine offene Schuld zu begleichen: für ihre unermüdliche Unterstützung im demokratischen Wahlkampf, für die Wahl von Bi-

den in dem Wissen, dass er nie ihr Kandidat gewesen ist. Joe Biden ist ohne Zweifel ein erwiesener Neoliberaler, der tief im kapitalistischen System verwurzelt ist und vom Großkapital und der Wall Street unterstützt wird. Er verpflichtet sich jedoch, die demokratischen Institutionen und die Verfassung der Vereinigten Staaten zu respektieren, die beide von seinem Vorgänger stark gefährdet worden sind.

Jetzt ist es Zeit, für eine wirkungsvolle Antwort auf die Pandemie, für mehr Respekt und Mitgefühl für die Menschen, die unter den schlimmen Folgen leiden, und für einen ernsthaften Dialog mit BLM und anderen antirassistischen demokratischen Bewegungen zu kämpfen.

Die Maßnahmen und Methoden, die von Menschen wie dem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten angewandt wurden, schaden dem Leben der Bürger, der Arbeiter und der Demokratie und vergiften die Politik. Die Demokraten haben Schlüsselstaaten (Wisconsin, Michigan und Pennsylvania) zurückerobert. Es sind drei Staaten der Industrie- und Arbeitertradition, die Trump vor vier Jahren gewonnen hat. Aber es ist Vorsicht geboten, es ist noch zu früh zu sagen, dass rassistisches und Überlegenheitsdenken besiegt sind: Trump wurde bei den Wahlen stark unterstützt und seine Wählerbasis hat zugenommen. Darüber hinaus haben wir keine Illusionen gegenüber der Biden-Harris-Administration: Die linken Kräfte werden notwendig sein, um für jeden einzelnen Schritt nach vorn zu kämp-

fen! Jeder kleine Fortschritt für die Werktätigen wird das Ergebnis ihrer eigenen Kämpfe und ihres eigenen Engagements sein.

Für die US-amerikanischen Linken werden die Zeiten nicht einfacher, aber es gibt bessere Grundlagen, um für mehr Gerechtigkeit, für mehr sozialen Fortschritt, für mehr Investitionen im öffentlichen Sektor und für einen radikalen Wandel in der Klima- und Umweltpolitik zu kämpfen. Der gewählte Präsident Joe Biden hat bereits seine Bereitschaft erklärt, die USA wieder in das Pariser Klimaabkommen einzubeziehen. Dies stellt eine absolute Notwendigkeit dar, die auch auf die Friedens- und Abrüstungsverträge gilt, die Trump fallen gelassen oder ignoriert hat.

Der Weg, die Politik wieder in ihre Rolle zurückzubringen, wird schwierig sein, aber der Aktivismus von Gewerkschaften, Frauenorganisationen und den vielen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Basisorganisationen bringt Hoffnung in den dunkelsten Zeiten.

Jetzt ist es an der Zeit, die Entscheidung einer großen Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung zuallererst vor allen Versuchen der ehemaligen Regierung zu schützen, ihre Wahl zu hinterfragen, die rational zugunsten der Demokratie getroffen wurde.

Für die kommenden Zeiten wünschen wir unseren transatlantischen Freunden und Genossen jeden erdenklichen Erfolg und versprechen: Die Europäische Linkspartei wird an Eurer Seite stehen.

5. 11. 2020

von **Thomas Nord**,
Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Landesliste Brandenburg

Militärmacht Europa?

Wie können Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entstehen

In der Europäischen Union gilt in vielen Fällen ein Konsensprinzip, das heißt, Beschlüsse müssen von den Staats- und Regierungschefs einstimmig gefällt werden ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Größe der Mitgliedsstaaten. Dies

ist schon seit langem Gegenstand der Kritik, es lähme den Fortschritt in der EU. Aber auf der anderen Seite garantiert dieses Prinzip den kleineren Mitgliedsstaaten einen realen politischen Einfluss und die Wahrnehmung, im Kon-

zert mit den Großen gehört zu werden. Durch die Umstellung von Konsens- zu Mehrheitsentscheidungen droht hingegen die Gefahr, die Minderheitenposition aus dem einen Politikfeld durch Blockadehaltung in einem Feld geltend zu

machen, in dem Einstimmigkeit nötig ist.

Auch mit dem Verweis auf die nächsten EU-Erweiterungen im Jahr 2025 Richtung West-Balkan und der noch größer werdenden politischen Komplexität hat die Juncker-Kommission im September 2018 eine Mitteilung mit dem Titel „Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne: eine effizientere Beschlussfassung für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ [KOM(2018)647] an den Europäischen Rat, das Parlament und den Rat auf den Weg gebracht. Es heißt im ersten Absatz: „Europa steht [...] vor einer einfachen Frage: Wollen die Europäer selber über ihre gemeinsame Zukunft entscheiden oder wollen sie diese Entscheidung anderen überlassen? Will die Europäische Union eine tragende Säule der im Entstehen begriffenen multipolaren Weltordnung sein oder nur Spielball?“

Mit der Mitteilung ist eine Aufforderung an die Mitgliedsstaaten verbunden, die im Vertrag über die Europäische Union (EUV) angelegten Möglichkeiten zur Umstellung des Konsensprinzips auf Beschluss durch qualifizierte Mehrheiten auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vollständig auszuschöpfen. Nach Art. 31, Abs. 3 (EUV) kann mit einem einmaligen einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs in zu bestimmenden Fällen das Beschlussverfahren von Einstimmigkeit auf Qualifizierte Mehrheit umgestellt werden. Das heißt, sie stimmen zu, zukünftig auf nationalstaatlichen Einfluss zu Gunsten einer Mehrheitsentscheidung zu verzichten. In Deutschland muss der Bundestag der Umstellung zustimmen.

Zunächst soll der Rat in drei Handlungsfeldern mit Qualifizierter Mehrheit beschließen können: 1. bei Menschenrechtsfragen in multilateralen Foren; 2. bei der Verhängung von Sanktionen und 3. bei der Einleitung und Durchführung ziviler Krisenmissionen im Ausland. Fälle mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen werden in Art. 31 Abs. (4) EUV explizit von der Möglichkeit der Abstimmung mit Qualifizierter Mehrheit ausgeschlossen.

Eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung wird auch als doppelte Mehrheit bezeichnet, weil mindes-

tens 55 Prozent der Staaten zustimmen müssen, die mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU abbilden. Praktisch bedeutet es, 15 Staaten können eine qualifizierte Mehrheit auf den Weg bringen, bei knapp 450 Millionen Menschen müssen die Staaten ca. 290 Millionen Einwohnende der Gesamt-EU abbilden. Dabei ist es egal, wie diese 290 Millionen prozentual in einem „popular vote“ abstimmen würden. Sie werden in Gesamthaftung genommen. Eine weitere Möglichkeit besteht in der „konstruktiven Stimmenthaltung“, mit der ein Mehrheitsbeschluss nicht blockiert wird. Doch von dieser ist bislang kaum Gebrauch gemacht worden, weil es sich doch zumeist um Fragen existenzieller Tragweite handelt.

Am Montag, den 23. November 2020, hat zum Thema eine vorbereitende Anhörung im EU-Ausschuss stattgefunden. Es bestand weitgehende Einigkeit in der Auffassung, dass ein solcher Übergang eine langwierige Aufgabe sein wird. Hier spielen zum einen die unterschiedlichen Militärtraditionen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in den Staaten der Europäischen Union herausgebildet haben, eine starke Rolle. Es wurde aber auch davor gewarnt, zu hohe Erwartungen an Mehrheitsbeschlüsse zu knüpfen, da diese das Potenzial zu kontinuierlichen Minderheiten haben und zu weiteren tiefgehenden und strukturellen Unstimmigkeiten in der EU führen können. Alternativ wurde eine weitreichende Vertragsänderung zur Diskussion gestellt, mit der eine offene Diskussion geführt werden könne. Hierdurch könne auch eine neue Kompromisskultur entstehen. Aber angesichts der gescheiterten Verfassungsdiskussion ist das kaum zu erwarten.

Kritisch wurde angemerkt, dass hier eine weitere Verlagerung von nationalstaatlicher Macht an die Europäische Union vollzogen würde. Dies ist angesichts der Kriege der vergangenen Jahrhunderte nicht per se schlecht, sondern wirft Fragen nach demokratischer Kontrolle und der Bedeutung von Friedenspolitik auf. Die Demokratie-Defizite der Institutionen der EU und die daraus resultierende Demokratieverdrossenheit gegenüber der Union könnten durch Mehrheitsbeschlüsse gestärkt werden.

Auch sind die militärische Aufrüstung und das Säbelrasseln der Gegenwart zwischen den neu entstehenden Großmächten stärker zu kritisieren. Durch die Konstruktion einer Supermacht EU könnte es zu globalen Super-Konflikten kommen, der Neoliberalismus brauchte in der Vergangenheit immer eine starke militärische Repräsentation für die Unterstreichung der Konkurrenzverhältnisse. Trotz der breiten Einschätzungen, die die Vielfältigkeit der politischen Meinungen wiedergespiegelt hat, war die Schlagzeile über die Anhörung: „Experten begrüßen Mehrheitsentscheidungen“ und so wird wohl die Beschlussempfehlung des EU-Ausschusses an den Bundestag auf Zustimmung ausfallen. DIE LINKE wird das sicher nicht mittragen.



Derweil geht die tagespolitische Debatte längst um die Frage der zukünftigen Ausgestaltung des Verhältnisses von EU und NATO. Nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs ist Paris die einzige Atommacht in der EU und hat als ständiges Mitglied im Welt-sicherheitsrat als einziges EU-Mitgliedsland dort ein Vetorecht. Macron hatte Ende 2019 die NATO als Hirntod charakterisiert. In der Konsequenz fordert der französische Präsident im Sinne der Mitteilung der Juncker-Kommission eine stärkere Rolle für eine militärisch souveräne EU und eine Aufwertung von Paris gegenüber Berlin. Die deutsche Verteidigungsministerin hingegen nennt das nach der Wahl des Demokraten Joe Biden „eine Illusion“ und möchte am liebsten wieder zu den Verhältnissen zurückkehren, in denen die USA die Rolle der Weltpolizistin hatten und es aus Bonn noch die West-Berlin-Zulage gab.

27.11.2020

Aus der Linksfraktion im Landtag



von **Sebastian Walter**,
Fraktionschef der
LINKEN im Bran-
denburger Landtag,
Foto: DiG/Thomas
Klaeber

Quelle:
Offene Worte, Zei-
tung der LINKEN
für den Barnim,
15. Nov. 2020
(Online Nr. 64)

Nach Thüringen auswandern?

LINKE: Brandenburg muss Unternehmerlohn einführen, wie es ihn bereits in Ba-
yern und Thüringen gibt/ Vorschlag der LINKEN für die Kulturbranche: Land über-
nimmt finanzielle Garantien für Veranstaltungen

Am 11. November ging es im Bran-
denburger Landtag erneut um Co-
rona-Hilfen für Soloselbstständi-
ge. In den letzten Wochen war ich
guten Mutes, weil die Brandenbur-
ger Regierung aus CDU, SPD und
Grünen erklärte, dass sie jetzt aber
wirklich allen helfen wolle. Ihre
Lernkurve schien urplötzlich eine
steile Kurve nach oben zu nehmen
und ich hatte wirklich gedacht: Sie
haben das Problem endlich verstan-
den. In der letzten Woche redeten
sogar SPD- und Grüne-Abgeord-
nete von einer völlig neuen Idee:
Dem Unternehmerlohn. Sogar die
Wissenschaftsministerin erklärte
voller Freude in den sozialen Medi-
en, dass mit dem Unternehmerlohn
nun endlich den Kulturschaffenden
geholfen wird.

Auch die Novemberhilfen soll-
ten jetzt schnell und unkompliziert
ausgezahlt, den Soloselbstständigen
geholfen werden. Die Erkenntnis
kommt spät, aber sie kommt. Dache-
te ich. Wir LINKEN fordern dies

seit April im Landtag, aber mehrere
Anträge wurden von den anderen
Fraktionen abgelehnt.

Im November gab es nun ein
Treffen mit 8 Vertreter*innen der
Veranstaltungs- und Kulturbran-
che, auf dem die Landesregierung
erklärte: Wir verstehen eure Situa-
tion, aber helfen können wir nicht
mehr. Vielleicht nächstes Jahr, aber
wahrscheinlich dann auch nicht.

Und das, obwohl der Landtag be-
schlossen hatte: Wenn die Bundes-
gelder nicht ausreichen, wird das
Land weiterhelfen. Was ist jetzt da-
mit? Es gibt noch 1,2 Milliarden
Euro, die zur Bewältigung der Co-
rona-Krise als Kredit aufgenommen
wurden. Warum kann Brandenburg
davon nicht knappe 20 Millio-
nen Euro für einen Brandenburger
Unternehmerlohn ausgeben, um
Kleinstbetriebe und Soloselbststän-
dige zu retten?

Wirtschaftsminister Prof. Stein-
bach (SPD) erklärte, dass Unter-
nehmen eben in die Insolvenz ge-
hen müssten, aber dass die Landesre-
gierung natürlich Härten abwen-
den wolle – dann frage ich: Wann
fängt die Landes-
regierung eigent-
lich mal damit an?
Wann übernimmt
das Land Branden-
burg selbst Verant-
wortung für das,
was hier passiert?
Die „November-
hilfen“ hören sich
gut an: 75 Pro-
zent Umsatzeratz
für all die Betrie-
be, die direkt von
Schließungen be-
troffen sind. Und
die indirekt davon
betroffenen Betrie-
be sollen auch Hil-
fen erhalten. O.K.
Aber im Detail
wird der allergröß-

te Teil der Veranstaltungsbranche
von den Hilfen ausgeschlossen.

Und die Einführung eines Unter-
nehmerlohnes wird bundesweit ge-
rade von der SPD-Bundestagsfrakti-
on blockiert, weil man kein zweites
Sozialsystem aufmachen wolle und
es ja Hartz IV gibt. Nochmal: Die
Soloselbstständigen sind nicht ar-
beitslos! Sie dürfen nicht arbei-
ten! Deshalb gehören sie nicht in
Hartz IV, das im Übrigen sowieso
abgeschafft gehört.

81 000 Soloselbstständige haben
von April bis September Hartz IV
beantragt. Das geht aus einer An-
twort der Bundesagentur für Ar-
beit auf eine Kleine Anfrage der
LINKEN im Bundestag hervor. Das
sind zehnmal so viele wie im glei-
chen Vorjahreszeitraum.

Also bleibt DIE LINKE bei ihren
Vorschlägen: In Brandenburg muss
endlich ein Unternehmerlohn ein-
geführt werden. Der hilft unbüro-
kratisch und ist umsetzbar, wie die
Bundesländer Bayern und Thürin-
gen zeigen.

Dazu kann Brandenburg ein Pro-
gramm auflegen zur Sicherung der
Kultur- und Veranstaltungsbranche,
das so aussehen könnte: Das Land
sagt den Veranstaltern zu, dass Sie
ihre Veranstaltungen, Feste und
Festivals planen können und falls
sie coronabedingt ausfallen, über-
nimmt das Land die Kosten. Das
wäre nichts anderes als eine Garan-
tie, die es für andere Wirtschafts-
branchen ständig gibt und die vom
Haushaltsgesetz sogar gedeckt sind.

Die Uhr steht für viele auf 5 nach
12. Die Landesregierung muss end-
lich etwas tun! Die jetzt betroffe-
nen Solo-Unternehmen machen 57
Prozent der Wirtschaft in Branden-
burg aus. Wenn sie nur halb so viel
Aufmerksamkeit bekommen wür-
den, wie zum Beispiel die Lufthan-
sa oder Elon Musk ... Sie haben es
verdient, denn sie zahlen seit Jah-
ren hier Steuern und sind ein Rück-
grat unserer Wirtschaft.

Wer für die Corona-Krise zahlen sollte:			
	Vermögen vor der Corona-Pandemie*	Vermögen im Sept. 2020*	Vermögensanstieg
Beate Heister & Karl Albrecht Junior	30,7 Mrd. €	35,0 Mrd. €	+4,3 Mrd. €
Dieter Schwarz	19,2 Mrd. €	30,3 Mrd. €	+11,1 Mrd. €
Susanne Klatten	17,9 Mrd. €	20,6 Mrd. €	+2,7 Mrd. €
Theo Albrecht Junior und Familie	14,8 Mrd. €	18,1 Mrd. €	+3,3 Mrd. €
Reinhold Würth und Familie	9,5 Mrd. €	16,9 Mrd. €	+7,4 Mrd. €
Dietmar Hopp und Familie	11,4 Mrd. €	15,7 Mrd. €	+4,3 Mrd. €
Stefan Quandt	14,9 Mrd. €	15,4 Mrd. €	+0,5 Mrd. €
Hasso Plattner und Familie	11,5 Mrd. €	15,0 Mrd. €	+3,5 Mrd. €

www.perli.de *Quelle: Forbes

Mietpreisbremse verlängern!

Kappungsgrenzen- und Mietpreisbegrenzungsverordnung laufen in Brandenburg am 31.12.2020 aus



Quelle: Deutscher Mieterbund Land Brandenburg e.V.

Seit 2014 bzw. 2016 gilt in Brandenburg die sog. Mietpreisbremse, die einen übermäßigen Anstieg der Mieten im Bestand, als auch bei Neuvermietungen verhindern soll. Dafür werden zwei bundesrechtliche Regelungen von der Landesregierung per Verordnung umgesetzt. Konkret handelt es sich dabei um:

1. Die **Kappungsgrenzenverordnung**: Sie basiert auf § 558 Absatz 3 BGB und legt fest, dass in einem bestehenden Mietvertrag die Miete innerhalb von drei Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden darf.
2. Die **Mietpreisbegrenzungsverordnung**: Sie basiert auf § 556d BGB und legt fest, dass die Miete beim Abschluss eines neuen Mietvertrages maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.

DIE LINKE kritisiert beide Maßnahmen als unzureichend, doch sie sind besser als nichts. Allerdings gelten die beiden Verordnungen in Brandenburg nur in jeweils 30 bzw. 31 Städten und Gemeinden, in denen der Mietwohnungsmarkt als besonders angespannt gilt.

Beide Verordnungen wurden von der vormaligen rot-roten Landesregierung erlassen, sind zeitlich begrenzt und laufen zum 31. Dezember 2020 aus. Obwohl der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN am 14. Februar 2020 eine Verlängerung und moderate Verschärfung der „Mietpreisbremse“ beschlossen hat, laviert die heutige rot-schwarz-grüne Landesregierung seit April 2020 um die Frage herum, ob sie die Brandenburger Verordnungen ebenfalls verlängert. Offenbar

denkt das zuständige, CDU-geführte Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung darüber nach auf eine Verlängerung der „Mietpreisbremse“ in Brandenburg zu verzichten. Der Deutsche Mieterbund, der DGB und auch wir befürchten, dass in diesem Fall zum Jahresbeginn vielerorts erhebliche Mietsteigerungen drohen.

Die Linksfraktion im Landtag fordert, die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung in Brandenburg zu verlängern, sie an die neue Bundesgesetzgebung anzupassen sowie auf weitere Städte/Gemeinden auszuweiten, in denen der Wohnungsmarkt ebenfalls angespannt ist. In einer Reihe von Städten und Gemeinden wurden auf Antrag der kommunalen Linksfraktionen Beschlüsse gefasst, die die Landesregierung ebenfalls zum Handeln auffordern.

Für uns kann die Mietpreisbremse allerdings nur ein erster Schritt sein. Wir wollen das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen. Dafür müssen Wohnraum, Grund und Boden weitgehend der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden. Es braucht einen Verkaufsstopp für öffentliche Flächen, mehr sozialen Wohnungsbau durch kommunale und landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und soziale Wohnprojekte. Auch die Vergesellschaftung profitorientierter Wohnungskonzerne darf kein Tabu sein.



von
Isabelle Vandre,
 Mitglied des Landtag Brandenburg,
 Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Mieten- und Wohnungspolitik,
 Isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de,
 Foto: DiG/Thomas Kläber

und



Fritz R. Viertel,
 Referent für Stadtentwicklung und Wohnen in der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg,
 fritz.viertel@linksfraktion-brandenburg.de,
 Foto: RG-Photo.com

Aus dem Kreistag Oder-Spree

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree

1/2020
 4. Dezember 2020



Dieser Ausgabe des Widerspruch wird die Erstausgabe eines Informationsblattes „Linke Politik“ der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree beigelegt. Dieses Informationsblatt soll ab dem Jahr 2021 regelmäßig nach den Sitzungen der Kreistage erscheinen

und über die Aktivitäten der Fraktion berichten. Es wird dann auch im Internet auf der Seite der Fraktion abrufbar sein: www.dielinke-oder-spree.de/fraktion/

Gegebenenfalls erfolgt eine Auslieferung mit dem Widerspruch. Da dies nicht in jedem Falle gewährleistet werden kann, bitte ich Interessenten, die eine gedruckte

Ausgabe benötigen, diesen Wunsch der Fraktion mitzuteilen:

- E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de
 - Post: Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow
 - Telefon: (0 30) 64 90 37 57 (Anrufbeantworter, bitte Name und Anschrift deutlich nennen)
- Die Zustellung erfolgt dann mit der Post.

von
Dr. Artur Pech,
 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN



Foto: DIE LINKE Erkner/Rolf Ludwig

von **Michael E. Voges**, Erkner, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der SVV, Vorsitzender der Mietervereins Erkner und Umgebung e.V.

Quelle: „Erkner ungefiltert“, 4/2020 (Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV), weitere Informationen: www.linke-erkner.de

■ Erkner

Mietsteigerungen bremsen, JETZT!

Die Fraktion der LINKEN wird in die Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 17. Dezember 2020 einen Antrag zur Mietpreisbremse einbringen:

■ Die SVV stellt fest, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt Erkner weiterhin als angespannt zu betrachten ist. Eine bedarfsdeckende Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Mietwohnraum wird dadurch erheblich erschwert.

■ Die SVV fordert die Landesregierung auf, die derzeit geltenden Maßnahmen zur Mietpreisbremse – namentlich die Mietpreisbegrenzungsverordnung sowie die Kappungsgrenzenverordnung – über den 31. Dezember 2020 hinaus zu verlängern.

■ Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und dem Minister für Infrastruktur und Landesplanung umgehend zu übermitteln sowie den für unsere Region zuständigen Mitgliedern des Landtages zur Kenntnis zu geben.

(Im Weiteren folgt die Begründung des Antrages, die inhaltlich dem Beitrag „Mietpreisbremse verlängern!“ entspricht. *Redaktion*)

...

Die Stadt Erkner gehört seit 2014/2015 zum Geltungsbereich der Maßnahmen zur Mietpreisbremse. Falls die Landesregierung diese nicht verlängert, entfallen ab dem 1. Januar 2021 die genannten Beschränkungen bei

der Erhöhung von Bestands- und Neuvermietungsflächen.

Das wirkt sich auch auf das Zusammenleben in unserer Stadt aus! Mit den möglichen Mieterhöhungen entstehen zusätzliche Verdrängungseffekte gerade für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen; es droht eine dauerhafte Steigerung des allgemeinen Mietniveaus auch über die jüngst von der städtischen Wohnungsgesellschaft geforderte allgemeine Mieterhöhung hinaus.

Die Wohnungsgesellschaft hatte vor wenigen Wochen bereits die höchst mögliche Mieterhöhung für den 1. Januar 2021 ausgesprochen. Fallen die Mietbegrenzungen fort, ist die nächste Mieterhöhung bereits für April 2022 möglich ...

beide Texte von **Fritz R. Viertel**, Schöneiche, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung, Foto: RG-Photo.com

■ Schöneiche

Beitragsfreie Instandsetzung von Sandstraßen ist möglich

2019 fasste die Gemeindevertretung (GMV) mit knapper Mehrheit (12 zu 11 Stimmen) den Beschluss, die Möglichkeit der erweiterten Instandsetzung von Sandstraßen nach dem Vorbild der Stadt Bernau auch in Schöneiche einzuführen. Durchgesetzt wurde das gemeinsam von den Fraktionen DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS.

Wozu die erweiterte Instandsetzung?

Im Gegensatz zum grundhaften Ausbau werden bei diesem Modell keine Beiträge von den Anlieger*innen erhoben. Diese finanzieren ansonsten 80 Prozent der Gesamtkosten. Außerdem handelt es sich bei den verbliebenen Sandwegen um reine Anliegerstraßen mit wenig Durchgangsverkehr. Eine technisch weniger anspruchsvolle Instandsetzung sollte deshalb in vielen Fällen ausreichen. Am Ende ist das beitragsfreie Modell oft für alle Seiten günstiger. Wie Bernaus Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) bei einer Veranstal-

tung in Schöneiche im Januar 2019 berichtete, belaufen sich die Kosten auf rund 120 Euro pro Meter gegenüber mehr als 1000 Euro pro Meter bei einem grundhaften Ausbau.

Warum wurde der Beschluss nicht umgesetzt?

In Schöneiche gibt es gegen das „Bernauer Modell“ erbitterten Widerstand von Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) sowie den Fraktionen SPD, CDU und GRÜNE/NEUES FORUM in der GMV. Immer wieder wurde dessen Einführung deshalb verzögert. Zuletzt beschloss im Juni 2020 die Mehrheit aus DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS in der GMV die Kriterien und das Verfahren für die erweiterte Instandsetzung (wiederum mit 12 gegen 11 Stimmen). Dieser Beschluss wurde vom Bürgermeister beanstandet. Er hielt ihn für rechtswidrig. Daraufhin wurde er der Kommunalaufsichtsbehörde beim Landkreis zur Prüfung vorgelegt.

Ist die erweiterte Instandsetzung rechtswidrig?

Inzwischen liegt das Ergebnis der rechtlichen Prüfung vor. Das Ergebnis: Die beitragsfreie, erweiterte Instandsetzung von Sandstraßen ist möglich! Die Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises Oder-Spree folgte keinem der vom Bürgermeister dagegen vorgebrachten Argumente. Dafür wurden an dem Beschluss zwei andere Dinge bemängelt. Zum einen darf die Gemeinde nicht die Kosten für Grundstückszufahrten übernehmen. Zum anderen müssen zu jeder Sandstraße die Kosten des grundhaften Ausbaus und der erweiterten Instandsetzung berechnet und miteinander verglichen werden. Die GMV darf nicht allein auf der Grundlage der technischen Machbarkeit und des Votums der Anlieger*innen entscheiden.

Wie geht es jetzt weiter?

Die GMV wird in ihrer Sitzung am 9. Dezember 2020 über das Prü-

fergebnis beraten. Wenn die Anmerkungen der Kommunalaufsicht beachtet werden, dürfte der Umsetzung des „Bernauer Modells“ in Schöneiche eigentlich nichts

mehr im Wege stehen. DIE LINKE wird deshalb vorschlagen, im Januar 2021 erneut die Kriterien und das Verfahren für die erweiterte Instandsetzung in der GMV

zu beschließen, mit den angemahnten Klarstellungen zu den Grundstücksauffahrten und dem Kostenvergleich.

Mehr Vereinsförderung, aber kein schnellerer Wohnungsbau

Die Schöneicher GMV hat im November über den Entwurf des Gemeindehaushalts 2021 beraten. Dazu lagen zahlreiche Änderungsanträge der Fraktionen vor. Fast alle wurden in einer sechsstündigen Sondersitzung des Finanzausschusses am 21. November abgelehnt. DIE LINKE war mit ihren Vorschläge teilweise erfolgreich.

Rekordhaushalt trotz Krise

Die Corona-Krise macht sich in den Gemeindefinanzen zwar bemerkbar, trotzdem geht es Schöneiche so gut wie noch nie. Im laufenden Jahr sind rund 200 000 Euro weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen. Für 2021 rechnet die Gemeinde mit einem gebremsten Anstieg ihrer Anteile aus der Einkommenssteuer. Dieser war zuletzt stetig gewachsen, von 3,2 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 6,4 Millionen Euro in der Planung für 2020. Insgesamt umfasst der Haushalt für das kommende Jahr mehr als 23 Millionen Euro an Einnahmen und Ausgaben – noch einmal mehr als 2019 (19,7 Millionen Euro) und 2020 (22,5 Millionen Euro).

Vielfältige Investitionen geplant

Mit 7,5 Millionen Euro fallen die geplanten Investitionsausgaben 2021 etwas geringer aus als

im Vorjahr (8,1 Millionen Euro). Die Palette der Maßnahmen bleibt vielfältig. Es dominieren erneut Straßenbauprojekte: Für die Dorfstraße rund um die ehemalige Schlosskirche sind 800 000 Euro vorgesehen, für den ersten Bauabschnitt der Berliner Straße sollen rund 1,1 Millionen Euro ausgegeben werden. Hinzu kommen Planungskosten von jeweils 100 000 Euro für die Rahnsdorfer Straße sowie den nächsten Bauabschnitt der Brandenburgischen Straße. 70 000 Euro gibt es für die Planung der Woltersdorfer Straße mit besonderem Augenmerk auf den Radverkehr. Für 610 000 Euro sollen Gehwege gebaut und geplant werden (Hohes Feld, Dorfau/Kirchstraße, Pyramidenplatz, Lindenstraße, Bunzelweg). Hinzu kommen rund 200 000 Euro für die Wege im Schlosspark. Doch es gibt auch Hochbaumaßnahmen: Mit 450 000 Euro soll der Bau eines neuen Kita- und Hortgebäudes vorbereitet werden. Außerdem beginnt 2021 das erste größere Wohnungsbauvorhaben der Gemeinde. Dort sollen zunächst 16 kommunale Wohnungen mit preiswerten Mieten entstehen.

kussionen gibt es darüber, welche Projekte vorrangig umgesetzt werden sollen. Die Linksfraktion in der GMV hat erneut vorgeschlagen, den sozialen Wohnungsbau zu beschleunigen. Dazu sollen einige der Straßenbaumaßnahmen um wenige Jahre verschoben werden. Mit diesem Geld könnte das gesamte Wohnungsbauvorhaben an der Warschauer Straße (insgesamt 30 Wohnungen) schneller realisiert werden. Außerdem stünden Planungsmittel für das nächste Projekt zur Verfügung. Das wurde im Finanzausschuss von fast allen anderen Fraktionen abgelehnt. Vorschläge der LINKEN, jeweils rund 30 000 Euro für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen und für die Verkehrsberuhigung an den Ortseinfahrten (Einbau von Mittelinseln) bereitzustellen, fielen im Ausschuss ebenfalls durch.

Höhere Förderung für das Ehrenamt

Erfolgreich waren hingegen zwei Änderungsanträge zur Förderung des Ehrenamts. Die Linksfraktion konnte bewirken, dass die Vereinsförderung von 15 000 auf 20 000 Euro erhöht wird. Außerdem wird die in diesem Jahr begonnene Förderung von Kulturprojekten in Höhe von 5 000 Euro fortgesetzt.

Linksfraktion fordert andere Prioritäten

Keine der geplanten Investitionen ist an sich umstritten. Dis-

weitere Informationen unter:
<https://schoeneiche.dielinke-brandenburg.de>

UnblockKuba: Das Gesundheitswesen in Kuba ist nicht unverwundbar



21. 11. 2020, Haldensleben: Der 40-Fuß-Container mit Krankenhausbetten, Verbands- und Verbrauchsmaterial, Material für chirurgische Eingriffe u.a. ist gepackt und bald in Kuba.

Das kubanische Gesundheitswesen ist hervorragend. Es setzt auf Prävention, Aufklärung, Impfung und flächendeckende Versorgung mit medizinischem Personal bis in die entlegensten Orte. Doch es ist nicht unverwundbar. Die während der Pandemie verschärften Sanktionen der US-Blockade erschweren den Kauf dringend benötigter Verbrauchsmaterialien und Geräte.

Bitte spenden Sie für den Kauf von Sauerstoffgeräten, Infusions- und Transfusionssystemen, Blutdruckmessern, Instrumenten für endoskopische Chirurgie, Kanülen, Venenkatheter, Labor- und Diagnosebedarf u. a. Helfen Sie, einen Solicontainer mit diesen wertvollen Spenden auf die Reise zu schicken!

Helft Cuba Sí dabei, Kuba politisch und materiell zu unterstützen!

Spendenkonto
beim Parteivorstand DIE LINKE:
Kontoinhaber: **DIE LINKE/Cuba Sí**
IBAN: **DE06 1005 0000 0013 2222 10**
BIC: **BELADEBEXX**
Verwendungszweck:
„Kuba muss überleben/Gesundheit“

Cuba Sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55, -56
berlin@cuba-si.org | www.cuba-si.org

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree



von
Julia Wiedemann,
Woltersdorf,
Vorsitzende
DIE LINKE Oder-
Spree
Foto: DIE LINKE
Oder-Spree

„Wenn wir nicht über unsere politische Tätigkeit selbst berichten, erfährt davon niemand“

30 Jahre *Widerspruch* – Und im Namen der Kreisvorsitzenden und des Vorstands ein großes Dankeschön an Heinz Schneider

Abgeordnete, Kreis- und Ortsvorsitzende, über die im *Widerspruch* geschrieben wurde, oder die selbst als Autor*innen tätig waren, kamen und gingen so einige in den vielen Jahren seit Bestehen unserer Partei und seit Bestehen dieser Zeitung. Doch ein Name taucht seit fast 30 Jahren in jeder Ausgabe auf: Heinz Schneider. Unscheinbar, halb versteckt im Impressum, wird hier beiläufig eine der zentralsten Rollen für das regelmäßige Erscheinen der Zeitschrift *Widerspruch* erwähnt.

Diese Ausgabe, ist wohl die letzte, die Heinz zusammenstellt, layoutet und in Druck gibt, denn er übergibt diese Aufgabe nun an andere. Darum soll hier an dieser Stelle Platz sein, für einen kleinen Rückblick und einen Ausblick, und natürlich für gebührenden Dank.

Vor dreißig Jahren entstand die PDS, hervorgegangen aus der SED inmitten einer Zeit des gewaltigen gesellschaftlichen Umbruchs für die Bevölkerung der untergehenden

DDR und ebenso global politisch für die Welt, die jahrzehntelang in einer Blockkonfrontation verharret hatte. Die PDS hatte sich in einem radikalen Transformationsprozess aus der SED herausgeschält. Im Zuge dieses Prozesses wurde auf allen Ebenen die Partei um- und neu strukturiert, wurden Kreisverbände und Basisorganisationen gegründet und die politische Arbeit vom Grunde an neu im Sinne einer basisdemokratisch organisierten Partei des Demokratischen Sozialismus aufgebaut.

Ein elementarer Teil dieses Grundverständnisses sind die innerparteiliche Pluralität und Meinungsfreiheit, Austausch und Debatte untereinander statt Belehrung von oben. In diesem Sinne organisierte sich in der Kreisorganisation der PDS, damals zunächst bis zur Kreisgebietsreform nur das Gebiet um Erkner und Fürstenwalde umfassend, eine Arbeitsgemeinschaft, die die Redaktion der Zeitschrift *Widerspruch* bildete. Maßgeblich damals beteiligt waren Bernd Stiller (Langewahl, damals Fürstenwalde) und Gerold Sachse (Fürstenwalde), auch ihnen an dieser Stelle ein besonderer Dank!

Im Mittelpunkt der Arbeitsgemeinschaft stand die erneut aktuelle Erkenntnis der Arbeiterbewegung aus 1920er Jahren „Wenn wir nicht über unsere politische Tätigkeit selbst berichten, erfährt davon niemand“. Nach der Vereinigung von WASG und PDS zur DIE LINKE wurde es im „Der rote Ordner“ der Partei DIE LINKE (23. 1. 2009) als Maxime so formuliert: „Jede politische Tätigkeit, die nicht öffentlich wahrgenommen wird, ist wie nicht stattgefunden.“

Der Titel *Widerspruch* stand hier als Opposition zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, zu den Umbrüchen und den Logiken des Kapitalismus, die in der Politik Einzug hielten, und zugleich für das Artikulieren von Widersprüchen innerhalb der Partei, dem Anspre-

chen von Konflikten, und verschiedenen Sichtweisen und dem Sichtbarmachen davon, dass wir eine streitbare Partei sind, die sich nicht damit zufriedene gibt, eine Sichtweise darzulegen, sondern immer wieder neu nach Antworten sucht und in der Diskussion untereinander wächst.

Ein Grundsatz der Heinz in seiner Arbeit immer wichtig war, und den er, so es denn nötig wurde, unmissverständlich hervorgehoben hat. Der *Widerspruch* ist etabliertes Informations- und Austauschmedium für Mitglieder und Sympathisanten mit all der Breite an Themen und Meinungen, die sich in unserer Partei widerspiegeln. Aber er ist nicht Verlautbarungsorgan eines Gremiums. Bei Heinz konnte man gewiss sein, dass kritische Debattenbeiträge zum Beispiel zur Reflexion über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit oder zur Programmkommission, die nach der Fusion mit der WASG 2007 zur Partei DIE LINKE ihren Platz im Heft fanden, und so einen wichtigen Beitrag zum innerparteilichen Meinungsbildungsprozess lieferten.

Mit der Wende und der „Marktoöffnung“ in Richtung Westen fanden nicht nur Kiwis und Jacobs Krönung ihren Weg in ostdeutsche Haushalte, auch neue Technologien die zugleich den Beginn eines neuen Zeitalters anzeigen: der Personalcomputer. Auch in der DDR gab es sie, hat doch der VEB Kombinat Robotron schon in den 1980er Jahren Bürocomputer entwickelt und in Serie produziert. Doch der Einsatz von zu Hause und damit die Kenntnisse der Anwendung waren nicht weit verbreitet. Wie gut, dass schon früh nach Gründung der Arbeitsgruppe Heinz Schneider dazu stieß. Er brachte Erfahrungen im Umgang mit Computern mit und fuchste sich schnell in die Handhabung ein. So konnte er Satz und Layout am Computer gestalten und die Druckvorlagen erstellen.



Zu Beginn der 1990er Jahre musste zur Vervielfältigung das Kopiergerät in der Kreisgeschäftsstelle erhalten. Doch mit Veränderung der Medienlandschaft in einem sich verändernden Land und dem gewachsenen Bedarf an Werbeprodukten, wuchs die Druckbranche und neue Druckereien mit modernen Techniken standen zur Verfügung, um bezahlbar den *Widerspruch* drucken lassen zu können. Dieser Schritt zur Professionalisierung wäre ohne Heinz und seine Expertise, ohne seine Arbeit für druckreife Erzeugnisse, schwerer möglich gewesen. Er nutzte seit Mitte der 1990er Jahre die Bildungsangebote des PDS-Landesverbandes Brandenburg für „Kleine Zeitungen“, wie sie damals genannt wurden, und später der Partei DIE LINKE die Bildungsangebote der „Linken Medienakademie“ (LIMA) zur Erlangung der erforderlichen handwerklichen Kenntnisse. Heinz konnte seine Fertigkeiten ausbauen und entwickelte das Layout weiter. Er bringt bis heute seine Erfahrungen in der Zeitungs- und Öffentlichkeitsarbeit als ein Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter in Brandenburg ein.

Doch nicht nur die technische Seite war Teil seiner Arbeit, sondern zentral auch die Arbeit in der Redaktion. Ein Blatt gestaltet sich nicht von allein, nur selten fliegen Texte ungefragt ins Postfach. Heinz behielt immer im Blick, was für den *Widerspruch* wichtig war, aufgenommen zu werden. Die Ebenen der politischen Arbeit unserer Partei von Europa über Bundestagsfraktion, Landtag und Landespartei, Kreis bis hin in die einzelnen Basisorganisationen sollten sich wiederfinden. Der Blick ins internationale Geschehen durfte nicht vernachlässigt werden. Durch ihn fanden regelmäßige Berichte der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí beim Parteivorstand der LINKEN Eingang in die Zeitung und weitere Themen, die aufzeigen, dass wir eine internationalistische Partei sind. Immer hatte er im Blick, dass aus der Zeitung keine Bleiwüste wurde. Geschickt setzte er Layout-Elemente ein, fügte passende Grafiken und Fotos dazu, kümmerte sich um Karikaturen, um nicht nur inhaltlich sondern auch optisch ein lesenswertes Blatt zu gestalten. Und all dies mit einer Jahrzehnte währenden Ausdauer, Ausgabe für Ausgabe bis zu elf mal im Jahr.

Dabei fiel es ihm sicher nicht immer leicht. Diese Partei hat in ihren 30 Jahren Entwicklung viele Auf und Ab erlebt, einige Richtungswechsel und Erneuerungen. Nicht jede Debatte ist dabei angenehm gewesen und nicht jede Entscheidung verständlich. Und manchmal kommt man an den Punkt, an dem man mit Entscheidungen der Parteiobereinen hadert, sich mit Äußerungen oder Ansichten des einen oder anderen nur wenig identifizieren kann und zu Zweifeln beginnt, ob diese Partei noch der Ort ist, an dem man sich sinnvoll für eine bessere Welt einbringen kann. Ein Empfinden, das hin und wieder auftauchen kann, und das vermutlich jeder kennt, der einige Jahre Mitglied ist. Doch auch wenn einem manche Entwicklung weniger behagt, ist es am Ende das große Ganze das zählt, und so bespricht man das eigene Unbehagen mit Genoss*innen, bringt sich in die innerparteiliche Debatte ein, vergewissert sich des gemeinsamen Ziels und macht sich wieder an die Arbeit. Und trotz dieser Momente des Haderns hat Heinz der Partei stets die Treue gehalten und engagiert am *Widerspruch* weiter gearbeitet.

Mit dem *Widerspruch* verbindet sich ein Auftrag für unsere Kreisorganisation, den wir seit nun fast 30 Jahren versuchen zu erfüllen: unsere Mitglieder und Sympathisanten über linke Politik informieren, über die Aktivitäten der Abgeordneten unserer Partei und über Debatten zu aktuellen Fragen. Diese regelmäßigen Informationen sind in einer Zeit, in der linke Politik in den Hauptmedien kaum und in der Lokalpresse zu wenig zu Wort kommt, umso wichtiger. Daher können wir als Kreisverband Heinz an dieser Stelle nicht genug danken, für seine jahrelangen Mühen, für die vielen hundert Stunden, die er Zeit und Energie investiert hat. DANKE!

Heinz Schneider will sich zukünftig stärker in der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí einbringen. Das sei ihm und Cuba Sí gegönnt.

Den *Widerspruch* wird es weiter geben. Der Kreisvorstand in Oder-Spree hat sich intensiv damit auseinandergesetzt. Wir leben erneut in einer Zeit der Umbrüche. Die Einführung des PCs war der Anfang einer Entwicklung, die mit Highspeed-Internet, Facebook, YouTube und Co hin zu ei-



Foto: DIE LINKE Erkner

27. 9. 2008, Erkner, am Info-Stand des „neuen deutschland“ auf der Solidaritätsveranstaltung für Hurrikanschäden in KUBA, auf Foto v. l.: Heinz Schneider, Erika Stürz und Jürgen Strauß (beide langjährige „Widerspruch“-Mitstreiter)

ner grundlegend neuen Form der Massenkommunikation und des Medienkonsums geführt hat. Doch wird durch die neuen Entwicklungen das „alte“ nicht obsolet. Die große Mehrheit unserer Mitglieder, Sympathisant*innen und Wähler*innen liebt das Gefühl von Papier in der Hand und wird auch künftig über die Zeitung informiert sein (siehe Leserumfrage *Widerspruch*, 8/9 2020, Seite 9). Auch wenn die Bedeutung der Online-Medien für unsere Kommunikation als Partei wächst, so brauchen wir weiterhin den *Widerspruch*, der nach wie vor in einer Auflagenstärke von mindestens 1 500 Exemplaren erscheint. Geplant ist, die Anzahl der Auflagen auf sechs im Jahr zu verringern und an den Sitzungsrhythmus des Kreistags anzupassen, so soll die kommunale Arbeit mehr Raum bekommen. Zusätzlich soll Material der Bundestagsfraktion und des Landesverbandes in der Zeit zwischen den Erscheinungsterminen verteilt werden. Durch die verringerte Zahl an Ausgaben, kann Geld eingespart werden, um zukünftig den *Widerspruch* einzelnen Mitgliedern per Post zuschicken zu können. So kann die Verteilung auch dort gewährleistet werden, wo es keine aktiven Verteiler gibt. Den Satz wird demnächst Willi Wallroth übernehmen, der schon die Zeitung *Der Rote Hahn* der LINKEN in Frankfurt (Oder) gestaltet. Und natürlich arbeitet das Redaktionsteam weiter. Wer uns mitverstärken möchte, kann sich gern an julia.wiedemann@dielinke-oder-spree.de wenden.



Claudia Sprengel,
Sprecherin des Frau-
enpolitischen Rats
Brandenburg,
30. Oktober 2020

Foto: DIE LINKE
Brandenburg

Quelle: <https://www.dielinke-brandenburg.de/nc/politik/aktuell/detail/news/paritaet-mehr-als-nur-ein-gesetz/>

Parität, mehr als nur ein Gesetz

DIE LINKE akzeptiert Urteil des Landesverfassungsgerichts nicht

Am 23. Oktober 2020 verkündete das Landesverfassungsgericht in Potsdam das Urteil zur Klage gegen das Parität-Gesetz. Dabei wurde einstimmig entschieden, dass das Gesetz verfassungswidrig sei. Es ist schmerzlich, nach all den Monaten und Jahren, die wir für mehr Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft gekämpft haben, nun diesen Rückschlag zu erleben.

Ich glaube, dass es okay ist, zu sagen, dass man enttäuscht ist. Neben durchaus nachvollziehbaren Erläuterungen ist allerdings erschreckend, dass Teile der populistischen Argumentation der rechten bis völkischen Kläger übernommen wurden. Das Parität-Gesetz sollte und soll ein Schritt für mehr demokratische Teilhabe von Frauen sein, aber die Feinde der Demokratie präsentieren sich nun als Sieger [absichtlich Maskulinum], was unerträglich ist.

Frauen sind keine homogene Gruppe, daher können sie nicht als eine solche repräsentiert werden, wurde vom Gericht betont. Das trifft auf jede Gruppenzuschreibung zu. Frauen werden jedoch nicht als Einzelperson diskriminiert, sondern auf Grund von Zuschreibungen. Niemand wird diese Diskriminierung negieren wollen, warum also dann die Gruppe? Wenn im Grundgesetz, Artikel 3 „Männer und Frauen (sind gleichberechtigt)“ steht, dann existieren sie im juristischen Verständnis.

Zudem wurde als Argument herangezogen, dass alle Volksvertreter*innen das gesamte Volk vertreten. Das mag der rechtliche Anspruch sein, geht aber an der Lebensrealität vorbei. Natürlich vertritt ein „weißer alter Mann“ wohl kaum von selbst die Interessen von jungen Frauen aus migrantischen Communities. Das muss nicht ein-

mal Absicht sein, es fehlt einfach die Verbindung zu den entsprechenden Themen, die so nicht den Weg in das Parlament finden.

Die Diskussion war von einer Binärität geprägt, obwohl das dritte Geschlecht ebenso gerne als Begründung zur Ablehnung benutzt wurde, wie vorher von der AfD und Co. Die Unterstellung, dass Personen, die sich unter dieser Kategorie versammeln würden, dann lustig das Geschlecht wechseln, je nachdem, auf welcher Liste sie kandidieren, ist eine verächtliche Betrachtung des „Dritten Geschlechtes“.

Parität und somit Demokratisierung wurde zur Aufgabe der Parteien erklärt, nicht des Staates. Es sei lediglich ein Staatsziel, also etwas, das nicht wirklich rechtliche Folgen hat. Ein Good-to-Have quasi. Das Gericht argumentierte, Menschen wählen die Programme von Parteien, und wenn diese eben frauenfeindlich sind, dann ist das die Entscheidung der Wähler*innen. Damit entzieht sich der Staat der Verantwortung.

Der Vorwurf, dass das Parität-Gesetz die Demokratie einschränke, da es nicht allen Parteien und Kandidaten zu Wahlen gleiche Chancen im Wettbewerb bietet, lässt außen vor, dass Frauen diese gleichen Möglichkeiten nie hatten. Wer das Nachsehen bei Aufstellungen hat, kann man sich an zahlreichen Beispielen von Sawasnan Chebli in der SPD bis zur Landesliste der CDU für die vergangene Landtagswahl anschauen. Ja, es ist eine rein formale juristische Entscheidung, aber Politik und Justiz sind keine voneinander trennbaren Systeme. Sie überprüfen und schützen sich gegenseitig. Sie sollten nicht Werkzeug der Rechten sein.

Die Entscheidung gegen das Parität-Gesetz ist eine politische und diese halte ich für falsch, nein für fatal. Dennoch lassen wir uns nicht entmutigen. Wir haben uns nach der Verhandlung zusammengefunden und unser weiteres Vorgehen besprochen. Wir kennen jetzt die Argumente und können damit arbeiten. Es ist nicht das Ende des Weges. Parität wird kommen, die Hälfte der Gesellschaft kann man nicht ewig klein halten!

Mitten in der Krise: Börsen auf Rekordhoch

Die USA stecken in einer tiefen Wirtschaftskrise: Über 12 Millionen Infizierte, eine Viertelmillion Tote, explodierende Arbeitslosigkeit, Insolvenzen, Schuldenberge. Trotzdem erreichte der US-Aktienindex Dow Jones jetzt erstmals in seiner Geschichte 30000 Punkte, Trump spricht von einer „magischen Zahl“. Kurzfristig mag das Rekordhoch Sinn machen: Endlich gibt es Klarheit über das Wahlergebnis in den USA, die Notenbanken fluten den Markt mit billigem Geld, die Meldung über neue Corona-Impfstoffe, die Sicherheit im Zweifel von der Politik ein generöses Rettungspaket geschnürt zu bekommen ...

Und doch zeigen die Rekordzahlen inmitten einer globalen Krise vor allem eines: Wie weit sich die Aktienmärkte und die Zockereien der Superreichen von der realen Wirtschaft und der Lebensrealität der meisten Menschen entfernt haben. Auf der einen Seite Milliarden Menschen, die kein ruhiges Weihnachten feiern können, auf der anderen Seite eine kleine Clique die an der Börse feiert und Milliarden macht. Elon Musk vergrößert



seine Vermögen gerade an einem einzigen Tage um sieben Prozent auf perverse 128 Milliarden US-Dollar. Seinen zukünftigen Angestellten in Deutschland gesteht er nicht einmal einen Tarifvertrag zu. Auch der deutsche DAX ist nicht mehr weit entfernt von den Rekordwerten aus dem Februar und zog im November kräftig an.

Es wird Zeit, die Feier der Superreichen zu beenden. Denn

schon im kommenden Jahr wird sich die Frage stellen, wer für die Kosten der Krise aufkommen soll. Und die Antwort darf dieses Mal nicht lauten, dass jene, die unser Land und den Laden in den letzten Monaten am Laufen gehalten haben, zur Kasse gebeten werden.

Sahra Wagenknecht,
Mitglied des Bundestages
Quelle: <http://aktionsmail.team-sahra.de>

DIE LINKE spendet an Słubicer Corona-Notklinik

Medizinische Hilfsmittel werden über die Oder gebracht

Wenn ein befreundeter Nachbar in Not ist und du helfen kannst, dann tust du es. Seit Ende Oktober ist das Słubicer Krankenhaus eine Corona-Spezialklinik, doch es fehlt an Vielem. Am 11. November 2020 übergaben Mitglieder der LINKEN Oder-Spree und Frankfurt (Oder) zusammen mit dem Bundestagsdirektkandidaten der LINKEN Stefan Kunath unsere Sachspenden.

Die beiden Kreisverbände erhielten große Unterstützung durch den Verein „Rettungsdienst und Katastrophenhilfe e.V. Storkow“. Der Verein arbeitet eng mit dem Słubicer Krankenhaus zusammen. Das Krankenhaus wurde Ende Oktober aufgrund der rasant steigenden Infektionszahlen über Nacht auf die ausschließliche Behandlung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten umgestellt. Mit einem Aufruf bittet das Krankenhaus um Spenden zur Versorgung der Er-

krankten. DIE LINKEN in Oder-Spree und Frankfurt (Oder) haben sofort reagiert und Sachspenden organisiert.

Innerhalb von fünf Tagen konnten durch die Genossinnen und Genossen in beiden Kreisverbänden Spendengelder von 800 Euro gewonnen werden. Mit diesen Geldern spendeten die beiden Kreisverbände Windeln, Pyjamas, Bettelagen, Unterwäsche, Handschuhe, Papierhandtücher, Gesichtsschutzvisiere, Müllsäcke, Einmalrasierklingen, Nasstücher und Desinfektionsmittel und verschiedene Seifen.

„Wir in der Grenzregion spüren besonders stark, wenn Deutschland und Polen sich im Kampf gegen Corona zu wenig abstimmen. Bisher scheitert eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung am bürokratischen Klein-Klein“, so Bundestagskandidat Stefan Kunath

bei der Übergabe der Sachspenden. „Umso erfreulicher ist die Hilfsbereitschaft in der gesamten Grenzregion. Wir möchten uns bei allen für die schnelle Hilfe recht herzlich bedanken.“



Uwe Tippelt, Stefan Kunath und Jan Augustyniak bereit medizinische Hilfsmittel für den Transport zu übergeben, Foto: DIE LINKE Frankfurt (Oder)

von
Stefan Kunath,
 Vorsitzender
 DIE LINKE Frank-
 furt (Oder), Di-
 rektkandidat der
 LINKEN zur Bun-
 deswahl 2021 im
 Wahlkreis 63

Spendenaufruf der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora



In der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. (LAG), deren Vorsitzender der ehemalige politische Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald Nummer 22 514, Günter Pappenheim, ist, sind Angehörige ehemaliger Häftlinge und Menschen tätig, die sich dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands verpflichtet fühlen. Sie sehen in der Kernaussage des Schwurs von Buchenwald, geleistet von 21 000 Überlebenden am 19. April 1945

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

einen bisher nicht erfüllten Auftrag.

Die LAG finanziert ihre Tätigkeit ohne staatliche Unterstützung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Die Spenden, für die hohe Dankbarkeit ausgedrückt wird, ermöglichen überhaupt die vielfältigen Aktivitäten der LAG.

Infolge der Corona-Schutzmaßnahmen, mussten die geplanten Veranstaltungen der LAG anlässlich des 75. Befreiungstages im April 2020 bedauerlicherweise abgesagt werden. Um diesen Tag dennoch würdig zu begehen, waren wir an der Organisation einer bundesweiten virtuellen Ehrung maßgeblich beteiligt, die erhebliche öffentliche Resonanz erfuhr.

Angesichts der spürbar zunehmenden Rechtsentwicklung in unserer Gesellschaft, in europäischen Staaten und in einige Ländern der Welt halten wir das Mahnen und Gedenken besonders an solchen Orten wie der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora für unverzichtbar. Bestätigt werden wir in unserem zivilgesellschaftlichen En-

gagement durch bundesweiten und internationalen Zuspruch.

Mit großer Sorge erfüllt uns die Entwicklung im Freistaat Thüringen, wo nach jüngsten Aussagen die Zunahme von Bedrohungen durch rechts motivierte Straftäter im Bereich der politisch motivierten Kriminalität das größte Sicherheitsrisiko darstellt.

Im Rahmen des Projekt vom Lebenshilfe-Werk Weimar/Apol-da e.V. „1000 Buchen für Buchenwald“ wurden zur Erinnerung an deutsche, französische und polnische Häftlinge sowie an Häftlingsgruppen durch Angehörige und der LAG Bäume gepflanzt und mit Gedenktafeln versehen. Im bisherigen Verlauf des Jahres sind in Weimar etliche Bäume und Gedenktafeln durch politisch motivierten Kultur-Vandalismus zerstört worden.

Als LAG haben wir uns das Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass bis zum 76. Befreiungstag am 11. April 2021 vernichtete Bäume und die beschädigten Gedenktafeln ersetzt sind.

Wir beabsichtigen auch unter den Corona-Schutzbedingungen

zum 76. Befreiungstag ein politisches Zeichen zu setzen.

Ihre Unterstützung mit einer finanziellen Spende könnte dazu beitragen, unsere Vorhaben zum Erfolg werden zu lassen.

Mit dem Wunsch, dass Sie gesund bleiben mögen, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Günter Pappenheim,
 Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V.,
 Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos

<http://lag.vvn-bda-ffo.de>

Lagerarbeitsgemeinschaft
 Buchenwald-Dora e.V.

Bankverbindung:

Berliner Volksbank

IBAN:

DE31 1009 0000 7219 9060 00

SWIFT-BIC: BEVODEBB

c/o VVN-BdA Bundesbüro, Mag-
 dalenenstraße 19, 10365 Berlin,
 c/o Günter Pappenheim, Park-
 straße 40, 15738 Zeuthen



Wie lang erprobte Machttechniken die DDR überrollten

Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung. Auszüge einer Rezension



Foto: privat

von
Franziska Schneider,
Erkner, Promotions-
stipendiatin der Rosa-
Luxemburg-Stiftung

Die vollständige Re-
zension ist zu finden
unter:

[www.schneider-
franziska.de](http://www.schneider-franziska.de)

Das Video „Daniela
Dahn zu ihrem neu-
en Buch ‚Tamtam
und Tabu‘“ ist im
Internet zu finden:
www.danieladahdahn.de

Baggerfahrer und Liedermacher Gerhard Gundermann sagte einmal: „An diesem Punkt mit der besten Übersicht ist ein Blick zurück manchmal der beste Blick nach vorn.“ Nach dreißig Jahren Einheit und einer Pandemie, die den autoritären Geist des Kapitalismus offen legt, so Daniela Dahn und Rainer Mausfeld, wagen beide in ihrem Buch „Tamtam und Tabu.“ jenen Blick zurück und schauen dabei zugleich nach vorn.

1989/1990 ergab sich die einmalige Gelegenheit, dass sich das Volk zum Souverän erhebt. Doch der Aufbruch oppositioneller Gruppen und der SED-Reformer, die die DDR demokratisieren wollten, endete in einem vom Westen gekauften Land, einer freiwilligen Knechtschaft. Daniela Dahn nennt das auch eine feindliche Übernahme auf Wunsch der Übernommenen. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik lässt sich nur oberflächlich mit der „verwirrten Herde“ (Walter Lippmann) vergleichen, denn Ideen der Demokratisierung und emanzipatorische Alternativen von

Gesellschaften gab es damals genug, genauso wie heute. Doch warum und mit welchem Ziel kamen sie in den „freien“ Medien der BRD nicht vor? Weil das Tamtam und Tabu von Politik und Medien die „verwirrte Herde“ auf den kapitalistischen Kurs bringen sollte. Dazu gibt die Publizistin und Journalistin Daniela Dahn im ersten Teil des Buches eine Volkslektüre wieder, die sich wie ein Krimi liest und bis ins Mark erschüttert. Sie zeigt das Tamtam der Meinungsbeeinflussung, aber auch das Tabuisieren des Widerspruchs dagegen auf. Der Kognitionsforscher und emeritierte Professor für allgemeine Psychologie, Rainer Mausfeld, erklärt im zweiten Teil des Buches, wie die Machttechniken 1989/1990 mit voller Wucht die DDR trafen und ihre Wirkung erzielten, dass der Bürger will, was er wollen soll. Damit wurde die historische Chance vertan, die Volkssouveränität durch eine Verfassung, die vom Volke ausgeht, zu verankern. Dagegen ist die Siegermentalität bis heute spürbar.

Dahn und Mausfeld zeigen nicht nur, wie sich Menschen in ihrer gesellschaftlichen Willensbildung beeinflussen lassen, sondern wie Meinungen und Affekte in geeigneter Weise gesteuert werden können: mittels Psychotechniken der Macht.

Sechs Wochen vor der Volkskammerwahl im März 1990 standen, so Dahn, noch alle „windows of opportunity“ offen. Welcher Sturm hat die Alternativlosigkeit ins Land geblasen? Beispielsweise wurden eine Million Sonderexemplare des Sterns zur Wahl am 18. März 1990 verteilt. Die Deutungshoheit lag nicht in den Händen der Bürger, die wählen gehen durften. Springer und Bertelsmann saßen in den Startlöchern und die Ausgangslage der DDR-Medien war schlecht gegen die aggressiven und kapitalstarken Westverlage. Damit war das Licht einer demokratischen freien Presse, eines neuen Ansatzes der DDR-Medien ausgeblasen.

Mausfeld konstatiert für die Volkskammerwahl eine „siegestrunkene Hemmungslosigkeit, mit der eine freie Meinungsbildung der DDR-Bevölkerung behindert und

blockiert wurde.“ (Mausfeld 2020: 173 f.) Gegen die Methoden der Meinungsmanipulation oder des -managements war die Propaganda der DDR „oft durchsichtiger Voluntarismus, selten geschliffenes Argument – die Abwesenheit von raffinierten Techniken war offensichtlich.“ (Dahn 2020: 147)

Die Methoden des Dismissmanagements und der Diffamierungen machen selbst vor dem Wissenschaftler Mausfeld nicht halt und bestätigen damit glänzend seine These und auch seine Relevanz. Es gibt nicht wenige Linke, die Rainer Mausfeld in die Nähe von Verschwörungstheoretikern rücken. Damit wird er zu einem Tabu. Und, um Daniela Dahn zu zitieren: „Wer ein Tabu übertritt, wird selbst tabu. Denn das Übertreten ist ansteckend. Der- oder diejenige muss gemieden werden, wird zur sozialen Gefahr.“ (Dahn 2020: 15) Es ist zu hoffen, dass Dahn davon verschont bleibt und das Buch sowie weitere Bücher von beiden Autoren noch in vielen (linken) Händen landen. Denn wer die Gesellschaft verändern will, muss die Technik der Machtführung und das Empörungsmanagement erkennen.

Zitate

„Nach gängiger Geschichtsschreibung war die Volkskammerwahl vom März 1990 die einzige, die den demokratischen Grundsätzen entsprach. In Wahrheit waren es Westwahlen auf dem Territorium der besetzten DDR. Ein Vorgang, der mit der Zuschreibung ‚demokratisch‘ nicht gerade trefflich erfasst ist. Die Ostler hatten eher die Rolle von umworbenen Statisten.“ (Dahn 2020: 83)

„Diese merkwürdige Population bewegt sich noch in kollektiven Herden, weiß nichts von westlicher Wertegemeinschaft, nach der es ergiebiger ist, den Weg zur Tränke allein einzuschlagen. Sie sind reif fürs Panoptikum, abgesehen mit dem Glasperlenspiel: Wir kümmern uns um eure Betriebe, Immobilien und den Grund und Boden, ihr bekommt dafür unsere Freiheitsmurmeln.“ (Dahn 2020: 150)

„Auch die Corona-Krise können wir nur verstehen, wenn wir uns klarmachen, dass es – und dabei bleibe ich – bei staatlichem Handeln nicht primär um die Gesundheit der Bevölkerung geht. Gerade die Bewältigung von Pandemien ist kein gesundheitlicher Selbstzweck, sondern sie gehört überwiegend zum Bereich der inneren Sicherheitsarchitektur von Staaten. Ginge es also wirklich vorrangig um Gesundheit, würden wir schon lange über die Folgen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens, über die gesundheitlichen Folgen von Hartz IV oder der Einführung prekärer Arbeitsverhältnisse diskutieren.“ (Mausfeld 2020: 201)



Dahn, Daniela; Mausfeld, Rainer (2020): Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung. Frankfurt/Main: Westend Verlag, 192 Seiten, Klappenbroschur, 18 Euro (ebook: 13,99 Euro)

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 5 98 46 57 • Fax (0 33 61) 5 98 50 72

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr,

Di. 10–12 u. 15–16 Uhr

Do. 10–12 Uhr,

und nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Di. 10–12 Uhr

Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt

Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: eisenhuettenstadt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 74 70 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 1 750

Satz: Heinz Schneider, Erkner, E-Mail: schneider.satz@t-online.de

Druck: Onlineprinters GmbH, Dr.-Mack-Straße 83, D-90762 Fürth

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 19.1., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde

Tel. (0 33 61) 5 98 46 57, Fax (0 33 61) 5 98 50 72

Sitzungen im Dezember 2020/Januar 2021

- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 5.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Migration
- Werksausschuss für den 5.1., 17.30 Uhr, wird ersatzlos gestrichen Eigenbetrieb KWU
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 7.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Ländliche Entwicklung 7.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Kreisentwicklung
- Ausschuss für Bildung, Kultur 12.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Sport
- Ausschuss für Bauen, Ordnung 13.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Umwelt
- Jugendhilfeausschuss 14.1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen/ 18.1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 Beteiligungen
- Kreisausschuss 20.1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Kreistag Oder-Spree

10.2., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenstraße 1 (Schützenhaus)

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Um die Einhaltung der Hygienevorschriften und Abstandsregeln zu garantieren, werden sachkundige Einwohner*innen und Gäste aufgefordert, ihre Teilnahme beim Kreistagsbüro drei Tage vorher anzumelden.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

DIE LINKE. Kreisverband Oder-Spree

IBAN

DE22 1705 5050 3410 5339 65

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

WELADEDILOS

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE-Widerspruch

Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers

Kontoinhaber

Zahlungsempfänger

DIE LINKE. Kreisverband Oder-Spree
Sparkasse Oder-Spree
Bank: Sparkasse Oder-Spree
IBAN: DE22 1705 5050 3410 5339 65

Verwendungszweck

Spende - Widerspruch

Datum

Betrag: Euro, Cent

von

**Bettina Lehmann**
und**Janina Messerschmidt**,
beide Mitglieder der
Fraktion DIE LINKE
in der Gemeindever-
tretung Steinhöfel
sowie**Martina Richter**

Fotos: DIE LINKE

Steinhöfel „von Links gesehen ...“

Aus der Sitzung der Gemeindevertretung am 25. November, öffentlicher Teil

Unserem Bericht möchten wir voranstellen, dass es unverständlich ist, diese Sitzung als Präsenzveranstaltung in diesen Corona-Pandemie-Zeiten stattfinden zu lassen.

Nachdem die Hauptausschusssitzung am 4. November wegen steigender Infektionszahlen abgesagt wurde, hatte unsere Fraktion vorgeschlagen, alle Sitzungen online und als Livestream abzuhalten. Das wurde abgelehnt und wie zu erwarten, war das Kulturhaus in Gölsdorf nicht ausreichend, um die zahlreichen Gäste Pandemie-gerecht an der Sitzung teilnehmen zu lassen.

Die Tagesordnung war eng gestrickt und es fehlten die von uns beantragten Tagesordnungspunkte:

- Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei Umwelt und Klima,
- Umsetzung der „Erklärung für ein weltoffenes Steinhöfel“.

Stasi-Überprüfung aller Mitglieder der im Jahr 2019 gewählten Gemeindevertreter und Ortsvorsteher

Im Zuge unserer vorgebrachten Einwendungen zur Niederschrift der Gemeindevertretersitzung (GMV) am 23. September 2020 wurde – für uns verwunderlich – darüber diskutiert, wer der Initiator zur Stasi-Überprüfung war. Dazu hier ein Zitat aus dem Gegenentwurf von Christoph Nickel, Fraktion „Wir für unsere Dörfer“ (WfD) zu unserem Text zur „Erklärung für ein weltoffenes Steinhöfel“ vom 21. November 2019, aus dem der Beschluss zur Stasi-Überprüfung hervorging: *„Wir sprechen uns gegen Tätigkeiten von Personen im öffentlichen, politischen und sozialen Bereich aus, die in ihrer Vergangenheit nachweislich als offizieller oder inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR tätig waren, da wir in dieser Tätigkeit eine Verhöhnung der Opfer des SED-Regimes erkennen.“*

Bauleitverfahren „Klimapark Steinhöfel“

Worum es in diesem Projekt geht, kann in dieser ausführlichen PowerPoint-Präsentation eingesehen werden: https://amt-odervorland.ratsinfomanagement.net/vorgang/?__=UGbVM0hpd2NXNFdFcExjZVObvHc1-d2F3LhE2R10YW5

Das zu verhandelnde Projekt (u.a. Konditionen, Kosten) wird von einer Projektgruppe, bestehend aus Fraktionsmitgliedern, der Bürgermeisterin, Landwirten und dem Amt, begleitet.

Haushaltsplan 2021

Der für den Finanzausschuss vorgelegte Haushaltsentwurf ist 131 Seiten lang! Der Hauptausschuss, in dem der Haushaltsplan hätte besprochen werden können, ist ausgefallen. Erklärt wurde der Haushalt nicht wirklich; weitere Unterlagen wurden kurz vor der GMV an die Gemeindevertreter als Tischvorlage verteilt. Fest steht, dass im Haushalt ausstehende Förderzuwendungen nicht berücksichtigt wurden.

Diesem Haushalt haben wir nicht zugestimmt.

Kita-Neubau

Bisher waren mehrere Ortsteile und Flächen im Gespräch und auch in Neuendorf muss dringend eine neue Kita gebaut werden. Nunmehr soll eine Sondersitzung einberufen werden (voraussichtlich Anfang 2021), die sich nur mit diesem Thema befasst.

Unsere Position ist nach wie vor: Prüfung/Umbau des Verwaltungsgebäudes in Steinhöfel zur Kita; Umzug der verbliebenen Verwaltungsmitarbeiter*innen in das Angerhaus sowie Baulandschaffung für den Wohnungsbau.

Sporthalle in Heinersdorf

Die Sporthalle wurde saniert und kann seit August 2020 wieder genutzt werden.

Das Amt hat eine Gebührenordnung erarbeitet, deren Berechnung auf die Nutzung der letzten zwei Jahre beruht. Das finden wir nicht gerecht und haben die maximale Auslegung als Berechnungsgrundlage vorgeschlagen. Unser Vorschlag wurde abgelehnt.

Somit wird es für alle Nutzer, einschließlich Vereine, deutlich teurer

werden. In Aussicht wurde gestellt, dass eine Förderung bei der Gemeinde beantragt werden kann.

Beschlussfassung über den Einwohnerantrag „Rettet den freien Angerbereich von Buchholz“

Buchholzer*innen hatten gegen die Bebauung ihres Angers einen Antrag gestellt, dessen Zulässigkeit vom Amt festgestellt wurde. Laut Kommunalverfassung haben die Buchholzer*innen das Recht, ihren Antrag in der GMV vorzustellen, was ihnen aber einige Gemeindevertreter nicht zugestehen wollten. Aufgrund unseres Einwandes wurde ihnen Rederecht erteilt.

Auch wenn anschließend der Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde, haben alle Gemeindevertreter zugesichert, mit den Buchholzer*innen gemeinsam zu beraten, was mit dem Anger passieren soll.

Das ist zumindest ein Erfolg für die Buchholzer*innen, die die GMV beim Wort nehmen können.

Alle Tagesordnungspunkte und Beschlussvorlagen (jetzt neu: auch alle Sitzungsprotokolle) zu allen Sitzungen sind hier zu finden (aber nicht auf der Website der Gemeinde Steinhöfel). Leider nicht sehr benutzerfreundlich, daher einfach mal durchklicken: <https://amt-odervorland.ratsinfomanagement.net/gremien>

Weitere Informationen zu diesen und anderen Themen in der Gemeinde siehe hier: <https://www.dielinke-oder-spre.de/ortsverbaende/steinhoefel/aktuell/nachrichten/>



Ehemalige Schule – derzeitiges Verwaltungsgebäude – zukünftige Kita? Foto: Clemensfranz - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org>

Kontakt
DIE LINKE
Steinhöfel:
• E-Mail: kontakt@dielinke-steinhoefel.de
• Internet: www.linke-steinhoefel.de
• Facebook: www.facebook.com/linkesteinhoefel